Vorbemerkung: Dieser Service der NachDenkSeiten soll Ihnen einen schnellen Überblick über interessante Artikel und Sendungen verschiedener Medien verschaffen.

Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind.
Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **Die Zahl der arbeitslosen Menschen ist im Dezember 2007 jahreszeitlich bedingt gestiegen**
   Die Zahl der Arbeitslosen hat sich im Dezember um 28.000 auf 3.406.000 erhöht (West: +6.000 auf 2.231.000; Ost +22.000 auf 1.176.000). Der Anstieg war deutlich geringer als im Durchschnitt der letzten drei Jahre (+98.000), aber etwas stärker als im Dezember 2006 (+13.000). Saisonbereinigt errechnet sich erneut eine kräftige Abnahme der Arbeitslosigkeit von 78.000. Der Trend der vergangenen Monate setzt sich damit sogar noch verstärkt fort.
   Quelle: Bundesagentur für Arbeit

   Siehe auch:

   „Bremer Instituts für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe (BIAJ)“ [PDF – 280 KB]:
   3,406 Millionen registrierte Arbeitslose; 5,927 Millionen „Arbeitslosengeld-Empfänger/innen“ (Alg und Alg II), darunter 2,971 Millionen (50,1%) registrierte Arbeitslose. Erstmals seit Inkrafttreten von „Hartz IV“: Veränderung gegenüber Vorjahresmonat bei den arbeitslosen Frauen (-15,7%) besser als bei den arbeitslosen Männern (-14,7%).

   Anmerkung: *Wie das wirtschaftliche Wachstum schwächt sich offenbar auch der Zuwachs an Arbeitsplätzen ab. Bei allem Jubel sollte nicht vergessen werden, dass Deutschland im internationalen Vergleich bei den Arbeitslosikeitsraten nach wie vor auf den hinteren Plätzen liegt. Gut die Hälfte des Rückgangs der Arbeitslosigkeit entfällt auf Zeitverträgen.*

   Siehe dazu auch:

   Tendenz zum Zweitjob steigt
   Nur knapp die Hälfte des Beschäftigungszuwachses 2007 sei auf

sozialversicherungspflichtige Vollzeitstellen zurückzuführen, sagt Wilhelm Adamy vom Deutschen Gewerkschaftsbund. Viele neue Jobs entstünden als so genannte Minijobs. „Auf 100 sozialversicherte Beschäftigte kommen bereits 20 mit einem Minijob“. Auch die Teilzeitstellen seien überproportional angestiegen, ebenso wie Leiharbeit.
Quelle: Focus Online

Weiter:

Die versteckten Arbeitslosen
Quelle: Focus Online

Siehe dazu:

Wirtschaftsminister Glos: Reformpolitik zahlt sich aus
Quelle: BMWi

Anmerkung Orlando Pascheit: *Dass die Regierungspartei die Arbeitsmarktstatistik 2007 schönreden und als ihren Erfolg verbuchen möchte, gehört zum politischen Alltag. Dass der Großteil der Medien das ungefiltert übernimmt, ist ein Trauerspiel journalistischer Mittelmäßigkeit oder verbohrter Ideologie.*
Es geht nicht um Mäkeln, sondern um klaren Widerspruch. Der Aufschwung ist nicht angekommen: Die reale Massenkaufkraft ist zurückgegangen und die Entwicklung am Arbeitsmarkt steht auf einem prekären Fundament. Und damit das klar ist, da mag der Bundeswirtschaftsminister auf die “günstige wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen” verweisen, selbst Frank-Jürgen Weise, der Chef der BA, hat den Rückgang der Arbeitslosenzahlen vor allem konjunkturell geortet.

Wenn dem so ist, so kann doch vom einem nachlassenden Wirtschaftswachstum kaum auf eine Verbesserung der Arbeitsmarktsituation geschlossen werden. Bei nachlassender Konjunktur wird die aufgeblähte Arbeitsmarktstatistik platzen, da als erstes die prekären Beschäftigungsverhältnisse betroffen sein werden, also die geringfügig bezahlten Arbeitsverhältnisse und die unsicheren Leiharbeitsverhälnisse (in der Sprache der BA Arbeitnehmerüberlassung).
Matthias Loke von der Berliner Zeitung etwa wie auch manch anderer Journalist kann doch nicht einfach “Billig-Jobs und Stellen in Zeitarbeitsfirmen” leugnen, sondern muß die Rede vom Anstieg der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten durch die Politik auf den Boden der Tatsachen zurückholen. Zur Zeit üben über 2 Mio. sozialversicherungspflichtig Beschäftigte zusätzlich einen geringfügig entlohnten Nebenjob aus und über 1,3 Mio. geringfügig bezahlte Beschäftigte müssen Hartz IV-

Leistungen in Anspruch nehmen, um auf ein existenzsicherndes Einkommen zu kommen. Wie sollen von solchen Jobs Impulse ausgehen, die die nachlassende Exportperformance der deutschen Volkswirtschaft in 2008 durch Konsum zu kompensiere können. Dies war in der Vergangenheit nicht der Fall und wird bei nachlassender Konjunktur in weit höherem Maße unwahrscheinlich.

2. **Beim Vermögen trügt der Schein**
   Die Deutschen sind so wohlhabend wie noch nie, jubeln die Ökonomen der Dresdner Bank in einer neuen, gestern veröffentlichten Studie. Konkret heißt das: Zwar besitzt jeder Deutsche im Schnitt 58 000 Euro abzüglich Schulden. Doch weit mehr als die Hälfte der Bevölkerung hat deutlich weniger Geld, einige wenige Menschen besitzen dafür weit mehr als diese Summe. Der Schluss liegt nahe, dass es im wesentlichen auch die gut Betuchten sind, die für den Anstieg der Sparquote verantwortlich sind. Viele Bürger dürften schon froh sein, wenn sie mit ihrem Einkommen über die Runden kommen.
   Quelle: Berliner Zeitung

   Anmerkung: *Immer wieder dieselbe Irreführung. Die Durchschnittszahlen sind ohne jeden realen Aussagewert über die tatsächliche Verteilung des Geldvermögens.*

   Siehe dazu:

   "Bundesbank: Die Deutschen sind im Durchschnitt reicher geworden" auf den NachDenkSeiten

3. **Prof. Wolfgang Franz: „Rat zur Bescheidenheit"**
   Der Wirtschaftsweise Wolfgang Franz warnt die Tarifpartner vor zu hohen Lohnsteigerungen. "Wir müssen diese moderate Tariflohnpolitik der vergangenen Jahre fortsetzen", sagte der Leiter des Mannheimer Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung. Nur so könnten weitere Arbeitsplätze in Deutschland entstehen
   Quelle 1: Deutschlandradio(Text)
   Quelle 2: Deutschlandradio (Podcast)

   Anmerkungen Martin Betzwieser: *Werden gewerkschaftsnahe Forschungsinstitute immer als solche genannt, fehlen entsprechende Hinweise fast immer bei arbeitgebernahen und arbeitgeberfinanzierten Instituten. Auch bei Franz kommt das Deutschlandradio seiner Informationspflicht nicht nach. Professor Franz ist Präsident und wissenschaftlicher Direktor des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW). Seine Aussagen zu Mindestlohn, Unternehmenssteuerreform und*

Renteneintrittsalter 67 lassen sich besser zuordnen, wenn wir einen Blick hinter die Kulissen des ZEW werfen:

Das ZEW hat einen Förderkreis. Diesem gehören diverse Großunternehmen an, deren Interessen zur Lohngestaltung hier Einfluss finden dürften. Die zahlreichen Versicherungs- und Finanzdienstleiser werden wohl am Renteneintrittsalter 67 und den Folgen verdienen. Bei den Mitgliedern des ZEW-Aufsichtsrates fällt sofort Axel Börsch-Supan, Versicherungsvertreter mit Professorentitel aus der Nachbarschaft, auf. Und im wissenschaftlichen Beirat sind u.A. Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt und Beatrice Weder di Mauro, ebenfalls Versicherungsvertreterin (ERGO-Versicherungen, neuerdings INSM) mit Professorentitel, zu funden. Wer beim ZEW die Auftragsgutachten diktiert, dürfte klar sein.
Quelle 3: ZEW-Förderkreis
Quelle 4: ZEW-Aufsichtsrat
Quelle 5: Wissenschaftlicher Beirat des ZEW

Siehe dazu auch:

Viel Fleiß – kein Preis
Das Szenario ist so alt wie der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit: Gewerkschafter fordern mehr Lohn, Wirtschaftslobbyisten stimmen darauf ein großes Geschrei an, daß der Aufschwung und die Arbeitsplätze gefährdet seien. Dann kommen scheinbar unabhängige Ökonomen, nehmen Partei für die Unternehmerseite, und alles geht seinen Gang. Der »deutsche Arbeitnehmer« wird inzwischen wieder als motiviert, fleißig und bescheiden gelobt. Und während die Unternehmensgewinne in den vergangenen Jahren explodierten, stagnierten die Reallöhne der Beschäftigten oder gingen gar zurück. Das läßt die Binnenkonjunktur seit Jahren vor sich hin dümpeln, die Exporte hingegen boomten. Auch 2007 verkaufte die BRD mehr Güter ans Ausland als jeder andere Staat.
Deutschland gilt derzeit als wettbewerbsfähigster Standort Europas und die Nummer zwei in der Welt. Nur in China gebe es noch bessere Bedingungen für die Wirtschaft, verkündete am Mittwoch das Düsseldorfer Handelsblatt.
Quelle: junge Welt

4. **Robert Misik: Besser grob richtig als exakt falsch**
Hinter jeder Theorie steht ein Menschenbild. Im Grunde kann man jede Theorie – ökonomisch, politisch – danach unterscheiden, ob sie den Menschen von Grund auf als gut, aber durch gesellschaftliche Mechanismen beschädigt ansieht, oder von im Grund auf schlecht und von gesellschaftlichen Regulativen gezähmt. Dies sind die groben

Dichotomien, dazwischen gibt es hunderte Spielarten. Auf die neoliberale Ökonomie umgelegt: Die Menschen sind von Natur aus auf ihren materiellen Eigennutz aus. Aber dieses Streben führe auf mirakulöse Weise zum Wohlergehen aller, während die Beschränkung dieses Triebs negative Folgen für alle habe. Im Grunde seien die Menschen in allen Handlungen auf Nutzenmaximierung aus, vor allem aber im Marktgeschehen: da seien sie Homo oeconomicus, also rein materiell orientiert.

Eine solche Sicht hat natürlich eine spezifische Attraktion in der Ökonomie. Diese materielle Orientierung lässt sich vergleichsweise leicht in Formeln gießen, würde dagegen anerkannt, dass Altruismus, Mitgefühl, Verantwortung für andere oder ähnliche ethische Kategorien ins Kalkül hineinspielen, gäbs bald keine Kurven und keine Mathematik mehr in der Wirtschaftswissenschaft. Auch die Vorstellung, dass der Markt automatisch für "Gleichgewicht" sorge, ist betörend: Das klingt nach Harmonie, und Harmonie ist ja was Schönes.

Die Schönheit dieses Konstrukts hat etwas Betörendes, und dies erklärt auch den Erfolg der Laisser-faire-Doktrin. Keynes dagegen wusste, dass die reale Welt nicht exakt ist, und hielt seine Theorie vage, weil er auch wusste, dass Gefühle, Massenhysterien und Herdentrieb ins Wirtschaftsleben hineinspielen. Deswegen vertrat er die Ansicht, es sei besser, grob richtig zu liegen als exakt falsch.
Quelle: taz

5. **Thomas Fricke: Neue Schubladen braucht das Land**
   Deutschlands Vordenker hängen daran, dass man entweder ökonomisch vernünftig ist oder sozial, liberal oder antiliberal, marktvertrauend oder staatsgläubig. Dabei wirken solche Muster anno 2008 völlig überholt.
   Der Befund zum Jahresstart scheint klar. Bis vor Kurzem waren die Deutschen ökonomisch unheimlich vernünftig, haben reformiert und dafür den tollen Aufschwung bekommen. Vorbei. Jetzt geht es wieder nur ums Soziale – und die ökonomische Vernunft ist dahin. Wegen Mindestlöhnen, Arbeitslosengeld und sonstigem Sozialquatsch.
   So liest sich, was Deutschlands Großdenker in den vergangenen Tagen vor sich hin geschrieben haben. Ganz beseelt. Ganz einfach. Doch es könnte sein, dass die reflexartig aktivierten Schablonen von guter Ökonomie und bösem Sozialeifer selten so realitätsfern waren wie zu Beginn dieses Jahres 2008. Damit lassen sich weder die akuten Finanzmarktturbulenzen beheben noch Antworten darauf geben, ob Mindestlöhne per se schlecht sind oder nicht.
   Quelle: FTD
6. **Stillstand auf dem deutschen Automarkt**

Auf dem deutschen Automarkt hat sich im vergangenen Jahr noch weniger bewegt, als die Branche ohnehin befürchtet hatte. „Im Gesamtjahr 2007 lag der Absatz auf dem deutschen Markt bei 3,15 Millionen Pkw und damit neun Prozent unter dem Vorjahr“, teilte der Verband der deutschen Automobilindustrie (VDA) am Donnerstag mit.
Quelle: Tagesspiegel

Anmerkung: *Bis heute wird aber immer noch behauptet, die Mehrwertsteuer belaste die Binnennachfrage nicht und schon immer wird so getan als könne mit dem Export die stagnierende Binnennachfrage ausgeglichen werden. Dass von der internationalen Wettbewerbsfähigkeit aber vor allem die Unternehmen profitieren und dass die Exportsteigerungen auf die Knochen und den Geldbeutel der Mitarbeiter gehen, bleibt unerwähnt.*

7. **Ungeachtet ihrer Herkunft**
Zwei Jugendliche schlagen einen 51 Jahre alten Mann in der U-Bahn brutal zusammen, weil er sie bittet, keine Feuerwerkskörper mehr auf dem Bahnsteig zu zünden. Eine junge Mutter und ihre Tochter hatten sich davon bedroht gefühlt.
Dieser Vorfall aus der Silvesternacht in einem gutbürgerlichen Viertel von Berlin-Schöneberg scheint auf den ersten Blick ein weiterer Beleg für die Brutalität zu sein, denen sich Fahrgäste im öffentlichen Nahverkehr dieser Tage ausgesetzt sehen. Aber nur auf den ersten Blick: Denn in diesem Fall ist das Opfer ein 51 Jahre alter Mann aus Ghana, die Täter zwei angetrunkene Deutsche aus Berlin. Hebt nun aber eine Debatte an, was los ist mit der deutschen Jugend? Diskutieren Politiker bis hinauf in die Bundesebene über diesen feigen Überfall? Sorgt sich das auflagenstärkste Boulevardblatt um das Wohl des mutigen Ghanaers?
Schade eigentlich. Denn der Vorfall aus Berlin-Schöneberg belegt eindrucksvoll, wie Politiker wie Roland Koch oder die CSU-Generalsekretärin Christine Haderthauer einzig auf den Wahlkampf schielen, wenn sie die Gewalt in deutschen S- und U-Bahnen auf Fragen von Migration und Ausländerrecht verengen.
Quelle: Frankfurter Rundschau

Siehe dazu:

Die Wahrheit der Statistik
Junge Leute begehen weniger Straftaten / Ausländer-Anteil rückläufig
In Hessen ist Wahlkampf. Am 27. Januar wird ein neues Landesparlament gewählt. Und auch deshalb nahm Ministerpräsident Roland Koch einen brutalen Überfall auf einen Rentner in München zum Anlass, sich für ein härteres Jugendstrafrecht einzusetzen. Eine Forderung, die von einer Mehrzahl seiner Parteikollegen unterstützt

oder mit dem Eintreten für Erziehungscamps noch überboten wird.
Quelle: Berliner Zeitung

8. **Bertelsmann-Umfrage: Gesundheit und intaktes Elternhaus machen glücklich**
   Die eigene Gesundheit und die Gesundheit der Familie (87 Prozent) sowie das Aufwachsen in einem intakten Elternhaus (74 Prozent) sind die beiden wichtigsten Faktoren für das Glücksempfinden der Deutschen. Darin bezeichneten sich 57 Prozent der Befragten als glücklich, nur fünf Pro-zent als entschieden unglücklich.
   Einen Arbeitsplatz zu haben, ist für mehr als die Hälfte der Befragten (56 Prozent) ein sehr wichtiger Glücksfaktor. Die Freiheit von Geldsorgen spielt dagegen eine eher untergeordnete Rolle (31 Prozent).
   Quelle: Bertelsmann Stiftung

   Anmerkung: *Ist ja gut zu wissen für die Bertelsmänner, dass die Menschen ihr privates Glück höher bewerten, als ihre materielle Situation. Dabei war Bertelsmann in dieser Studie vor allem daran interessiert, was die Leute vom lebenslangen Lernen halten. Ein schönes Thema, um zu kommunizieren, dass eigentlich die Mehrheit der Meinung ist, dass jeder seines Glückes Schmied sein soll.*
   Quelle zur Studie: „Glück, Freude, Wohlbefinden – welche Rolle spielt das Lernen?“ [PDF – 1,5 MB]

9. **Vom Labor auf den Teller**
   Die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit lässt sich derzeit anschaulich auf einem Kartoffelacker in Mecklenburg-Vorpommern studieren. Der Anbau gentechnisch veränderter Feldfrüchte sei vollkommen sicher, versicherte der Chemiekonzern BASF und führte, um dies zu demonstrieren, mehrere Trockenübungen durch. An verschiedenen Standorten wurde mit einer rotschaligen Kartoffelsorte der Ernstfall simuliert. Das Ergebnis: Werden bei Anbau, Ernte und Abtransport alle Vorsichtsmaßnahmen eingehalten, gelangen ganz sicher keine der Stärkekartoffeln in die Lebensmittelkette. So versuchte der Ludwigshafener Konzern die Befürchtung zu zerstreuen, dass die bisher nicht für Lebens- und Futtermittel zugelassene Genkartoffel Amflora unkontrolliert und gesetzeswidrig auf dem Tisch des Verbrauchers landet.
   Quelle: taz
10. **Rekorde im Abschwung**
    Nach zwölf Monaten umfassender Wachstumsrekorde bereitet sich die deutsche Wirtschaft zum Jahreswechsel auf eine Verschärfung der globalen Exportkonkurrenz vor. Hintergrund sind Prognosen, denen zufolge das Wachstum in den westlichen Industrieländern sinken und eine womöglich längere Schwächephase in den

Vereinigten Staaten eintreten wird. Damit steigt die Bedeutung sogenannter Schwellenländer wie Russland, Brasilien, Indien und vor allem China, deren Märkte noch deutlich stärker als bisher ins Visier der westlichen Exportfirmen geraten. Trotz der wachsenden Konkurrenz will die deutsche Wirtschaft ihre Spitzenstellung bei den globalen Ausfuhren auch im beginnenden Jahr gegen die boomenden chinesischen Exporte behaupten und ihre Ausfuhren um wenigstens sieben Prozent steigern. Bereits jetzt stützen sich die deutschen Exportzuwächse auf massive außenpolitische Einflussnahme Berlins.
Quelle: German-Foreign-Policy

11. **Pharmaindustrie: Fast drei Mal mehr Geld für Werbung als für Forschung**
Im Laufe der letzten zehn Jahre (1992-2002) haben die untersuchten Pharmafirmen 316 Mrd. $ für Marketing und Verwaltung ausgegeben, gegenüber 113 Mrd. $ für Forschung und Entwicklung, d.h. 2,8mal mehr.
Quelle: attac
12. **IMK-Studie: Auswirkungen der (Wieder-) Einführung einer Vermögensteuer auf die hessischen Landesfinanzen**
Eine den Auflagen des Bundesverfassungsgerichts gerecht werdende, Geld-, Immobilien- und Betriebsvermögen gleichmäßig besteuernde Vermögensteuer könnte ein hohes Aufkommen erzielen. Die am häufigsten diskutierte Variante mit einem Steuersatz von einem Prozent und einem durchschnittlichen Freibetrag je Haushalt von 500.000 Euro könnte dem hessischen Landeshaushalt nach Länderfinanzausgleich einen Betrag von 1,2 Milliarden Euro einbringen. Das Aufkommen könnte zur Aufstockung des wissenschaftlichen Personals an Hochschulen, für die Einstellung von Lehrern sowie für die komplementäre Aufstockung der Landesinvestitionen verwendet werden. Im öffentlichen Dienst könnten sehr vorsichtig geschätzt zwischen 6.000 und 10.000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Auch makroökonomisch wäre das Ausgabenprogramm ein Gewinn. Insgesamt wäre mit einem Anstieg des hessischen Bruttoinlandsprodukts von ungefähr 0,6 Prozent und einem Beschäftigungsanstieg (inklusive der im öffentlichen Sektor geschaffenen Stellen) von etwa 18.000 Arbeitsplätzen zu rechnen.
Quelle: Hans-Böckler-Stiftung/Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung
13. **Wolfgang Storz: Mit dem Thema Mindestlohn wird die SPD nicht glaubwürdiger**
Die Zahl hochrangiger Sozialdemokraten, die vor dem fliehen, was an Aufgaben ansteht, die vor dem fliehen, was sie zuvor getan haben, die das verleugnen, was ihnen früher einmal wichtig war, ist zu groß geworden, als dass dies im Grundsatz nicht die Glaubwürdigkeit dieser Partei beschädigte. Unter anderem deshalb geht es der SPD im Kern unverändert schlecht, obwohl mehr als die halbe Republik sozialdemokratisch

fühlt und denkt.
Quelle: Freitag

14. **Amerika hat den Krieg im Irak verloren, sagt der einstige US-Sicherheitsberater William R. Polk**
Die Geschichte zeige, eine fremde Macht könne gegen einen Volksaufstand nicht gewinnen. Jetzt müssten die Besatzungstruppen so schnell wie möglich abziehen.
Quelle: Freitag